

Erheben sich nicht. ...



Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptredaktion SW. 19, ...

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung

Nr. 38 Ausgabe für Berlin

54. Jahrgang Freitag 23. Januar 1925

Die Annahme des Billigungsantrages.

Abchluss der Reichstagsdebatte.

Stimmenhaltung der Demokraten. — Teilweise Session des Zentrums.

86 Stimmen Mehrheit für Luther.

246 Ja, 160 Nein, 39 Enthaltungen.

Gegen 7 Uhr schritt der Reichstag zur Abstimmung über den von der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum, der Bayerischen Volkspartei und Wirtschaftspartei gestellten Antrag, die Regierungserklärung des Reichsanstalters Dr. Luther zu billigen.

Das Kabinett Luther hat also eine Mehrheit von 86 Stimmen erzielt.

Mit Ja stimmten die fünf antragstellenden Parteien, mit Nein die Sozialdemokraten und Kommunisten; die Entmenthaltungen verteilen sich auf die Demokraten, eine Gruppe von Zentrumsabgeordneten und die Nationalsozialisten.

Luther und Schiele vor dem Reichsrat.

In der gestrigen Volltagung des Reichsrats richtete der neue Reichsanstalter Dr. Luther folgende Begrüßungsworte an den Reichsrat: „Ich benutze die erste Gelegenheit, um mich dem Reichsrat persönlich vorzustellen, nachdem ich vom Herrn Reichspräsidenten zum Reichsanstalter ernannt worden bin.“

Reichsrat zu arbeiten. Ich darf versichern, daß die Aufgaben in meiner vor dem Reichstag abgegebenen Erklärung über das Verhältnis der Reichsregierung zu den Ländern von der Reichsregierung in vollem Umfang innegehalten werden sollen, daß sie also großes Gewicht darauf legt, mit den Ländern in der Form, in der diese im Reichsrat vertreten sind, zusammenzuarbeiten und diese Zusammenarbeit so fruchtbringend wie nur möglich für das Reich zu gestalten.

Auf diese Begrüßungsworte des Reichsanstalters dankte namens des Reichsrats der preussische Staatssekretär Weisemann. Der Reichsanstalter Dr. Luther verließ hierauf die Sitzung des Reichsrats, um sich in die Reichstagskammer zurückzubewegen, nachdem er den Vorsitz dem neuen Minister des Innern, Schiele, übergeben hatte.

Die große politische Aussprache ist, nach dreitägiger Rede- schicht, gestern beendet worden. Verbunden war damit die Debatte über den Etat. Aber kein Mensch kümmerte sich um diese Tatsache. Alles drehte sich nur um das Programm der neuen Regierung. Alle Parteien präsentierten sich gegenseitig nur ihre Rechnung und überredeten sie dann auch dem Kanzler. An den Etat dachte niemand. Auch die Regierung nicht. Früher war es üblich, daß, wenn die erste Lesung des Haushalts für den Haushalt begann, die politischen Minister und der Chef der Finanzen das Wort ergriffen. Diesmal schwiegen sie sowohl der Außen- wie auch der Innenminister aus, und selbst der Finanzminister hatte dem Parlament nichts über den Etat, nichts über die Steuerreform, nichts über die Aufbringung der Reparationslasten, nichts über den Finanzausgleich zwischen Reich und Gemeinden zu sagen.

Gestern kam die zweite Rednergarnitur zu Wort. Die Debatte zog sich etwa acht Stunden hin. Einige Fraktionen, wie das Zentrum und die Bayerische Volkspartei, hatten keinen Wert mehr darauf gelegt, noch einmal ihren Standpunkt darzulegen. Die anderen Parteien verzichteten nicht darauf. Der sozialdemokratische Abgeordnete Müller eröffnete den Redner den Reich. Klar steckte er die Grenzen ab, bis wie weit seine Partei positiv an den gegenwärtigen Aufgaben mitarbeiten bereit sei. Die Finanzaffären, die die Rechte der Sozialdemokratie anhängen möchte, ergänzte er durch die Ständeschronik, in der mehr als ein leuchtender Name des sogenannten alten Systems vorkommt. Zusammenfassend bezeichnete er die Regierung Dr. Luthers als ein ausgeprägtes Reichskabinett und sprach hin, ohne jede Einschränkung, „tiefstes Mißtrauen“ aus. Die Deutschnationalen begnügten sich nach dem schlechtesten Eindruck, den die reaktionäre Rede des Grafen Westarp gemacht hatte, einen Mann mit sanfteren Affordan auf die Rednertribüne zu stellen. Der Abgeordnete Weyrens, ein christlicher Gewerkschaftler vom evangelischen Flügel, der beruflich und gewissensmäßig gewisse Bezugspunkte mit dem Zentrum hat, wurde beauftragt, in salbungsvollem Ton dies zu sagen: „Die Deutschnationalen beteiligen sich an der Regierung vor allem mit Rücksicht auf die große Not des Volkes.“ Die Rechte hat es schon früher meisterhaft verstanden, ihre machtpolitischen und wirtschaftlichen Sonderinteressen unter dem Kennwort des allgemeinen Volkswohls der Öffentlichkeit darzustellen. So sprach er auch diesmal von den sozialen Notwendigkeiten, von der Hilfe, die dem Mittelstand werden müsse, und von vielem anderen, was die Seele des kleinen Mannes bewegt. Nur ganz nebenbei erwähnte er die Hauptfrage für die Rechtsparteien, daß nun auch in Preußen die Dinge geändert werden müßten wie im Reich. Herr v. Kardorff von der Deutschen Volkspartei zog, nach dieser milden Blumenliste, heftig zum Leder. Die Demokraten bekamen eins ausgewiefert. Der Abgeordnete Koch wurde in seiner persönlichen Ehre verletzt. Dem Zentrum wurde, wenn es nicht in Preußen parierte, mit der Aufrollung der konfessionellen Frage gedroht. Und das alles, das erregt und leidenschaftlich vorgebracht wurde, endete in einem Appell an die Erziehung zum parlamentarischen Gentle-

man, die dem Deutschen noch vielfach fehle. Herr v. Kardorff hatte leider seinen Lachenspiegel vergessen. Denn sonst hätte er erst einmal in ihn hineinsehen müssen, ehe er diese Kapuzinade des politischen Erzählers hielt. Fein und abgeklärt wechelte der Demokrat Dr. Haas die Demagogie seines Vorgängers ab, verteidigte seinen angegriffenen Parteifreund Koch, wandte sich dann, mit einem leichten Nicken, an den Reichsanstalter und meinte, daß, bis auf die Deutsche Volkspartei, eigentlich keine einzige Fraktion dieser Regierung ihr Vertrauen entgegenbringe. Wenigstens nicht in dem üblichen Sprachgebrauch. Die Berufung des Herrn Neuhäus als Finanzminister empfinden die Demokraten als ganz schwere Profokation. Daher ständen sie dem Kabinett durchaus mit Mißtrauen gegenüber. Auch die Zugehörigkeit Dr. Gehlers zum Ministerium könne keine Brücke bilden. Klar und deutlich hatte er damit die Stellung der Demokraten gekennzeichnet. Sie haben keine Gemeinschaft mit diesem Rechtskabinett und tragen keine irgend wie geartete Verantwortung an der Politik, die nunmehr eingeleitet werden soll. Inzwischen ist es vier Uhr nachmittags geworden. Die Rednerliste ist noch immer nicht erschöpft. Der Wirtschaftsparteiler Hampert tritt vor. Der Nationalsozialist Graf zu Bentinck folgt. Neues wird von beiden nicht mehr vorgebracht. Eine persönliche Aussprache schließt sich daran an. Zwei, drei, vier Mitglieder des Hauses sprechen. Endlich wird die Debatte geschlossen. Die Arbeit in der Sitzung beginnt.

Das Ergebnis ist nicht zweifelhaft. Daher herrscht keine übermäßige Spannung. Immerhin ist es ungewiß, wieviel Sezessionsisten es geben wird. Gegen ein halb sieben Uhr wird die namentliche Abstimmung beschlossen. Die Anzahlung der Stimmen hebt an. Die Diener gehen mit den Urnen herum, um die roten, blauen oder weißen Zettel aufzunehmen. Vom Zentrum haben sich mehrere aus dem Saale entfernt. Von den Demokraten vier; die Abgeordneten Schädling, Schuldt, Kemmer, Koxell. Nach einer Viertelstunde wird das Resultat vom Reichstagspräsidenten mitgeteilt. Abgegeben sind im ganzen 445 Stimmen. 39 haben sich der Stimme enthalten; die Demokraten, drei Zentrumsleute und neun Nationalsozialisten. 246 haben sich für den Billigungsantrag gemeldet, 160 dagegen. Darunter Dr. Wirth. Damit ist der Antrag angenommen. Wäre das Haus vollständig gewesen und hätten sämtliche Abgeordnete nur mit Nein oder mit Ja gestimmt, so wäre die Regierung, trotz der Zentrumshilfe, bei insgesamt 493 Mandaten, mit einer Stimme unterlegen. So aber...

Der Verlauf der Reichstags-Sitzung.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags wandte sich Abg. v. Kardorff (D. Vp.) im Verlauf seiner Rede, über deren Anfang wir bereits berichtet haben, besonders gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Breitscheid zur Entnahmefrage. Zu welcher Lage werde ein deutscher Außenminister verstimmt, wenn er sich vom Ausland mühe sagen lassen, daß sein eigenes Parlament diese Dinge als wahr unterstellt werden. (Stürmische Zustimmung rechts, Lärm b. d. Soj.) Der Redner stellt fest, daß auch verschiedene internationalisierte Generale der Lieberzeugung sind, daß die Entnahme Deutschlands vollständig ist. Jegthandeltes sich nicht um die Frage: Republik oder Monarchie, sondern um die Frage: Republik oder Chaos. Den Verarmungsstand sollte man vor seiner völligen Auflösung nicht nicht politisch ausklammern. Zu beenden ist nur die Frage von Milionenkrediten zu zweifelhaften Internationationen während fortwährender, fortwährender Internationationen sich nach Krediten von 6000 bis 7000 Mark die harten blauen müssen. Wir werden die jüngsten Finanzmandate gründlich unterfragen müssen. Wir werden prüfen müssen, wie die Kredite gegeben und ob Beamtensbesetzungen vorgenommen sind; wir werden aber auch gründlich prüfen müssen, ob parlamentarische Einsätze dabei mitgewirkt haben. (Lebh. Zustimmung.) Dabei müssen und werden die Parteien rücksichtslos diejenigen ausmerzen, die sich kompromittiert haben. (Allgemeine Zustimmung.) Wir werden dann die Vorwürfe nicht gegen die ganze Partei richten können, denn — seien wir doch ehrlich — rändige Schafe haben wir alle. (Geheiter.) Auch die Demokraten werden genug Punkte finden, in denen sie die Regierung unterfragen müssen. Herr Fischer wird beispielsweise in Steuerfragen lieber mit Herrn Hergt zusammen arbeiten als mit dem Sozialdemokraten. Uns fehlt im parlamentarischen Ton die Selbstkritik zu sich, die dem Parlamentarismus Englands eigen. Wir leben in nachrevolutionären Zeiten. Das ist die Erklärung für die Bitterkeit, mit der sich hier die Parteien gegenüberstellen. Wir sollten aber in allen Parteien zu der Selbstdisziplin kommen, die erst eine gute parlamentarische Arbeit ermöglicht. Das Deutschen Reiches Würde ist in eure Hand gegeben, bewahrt sie! (Beifall.) Abg. Schöller (Komm.) verlangt in einem die für die politischen Befangenheit. Alle Parteien seien bemüht, den Verarmungsstand zu vertuschen, auch die Deutschnationalen mit Rücksicht auf Augenberg. Die Sozialdemokratie sei die schlimmste Verdränger der Arbeiterklasse. Sie könne nicht die Führung in den kommenden Kämpfen der Arbeiterkraft gegen diese Regierung übernehmen. (Beifall bei den Kommunisten.) Eine Abrechnung mit der Volkspartei. Abg. Dr. Haas (Dem.) wendet sich gegen die scharfe Polemik des Abg. v. Kardorff gegen die Demokratische Partei. Den Namen eines ruhigen und sachlichen Politikers habe er heute nicht verdient. Ein Teil seiner Ausführungen habe die Grenzen des Demagogischen hart getreift. Der Vorwurf gegen den Abg. Koch, er habe seine Lieberzeugung leichten Herzens gemeldet, ist durchaus unbedeutend. Wenn jetzt auch die Deutschnationalen erkennen würden, daß es sich um Republik oder Chaos handle, so wäre...